

Bundeshaushalt 2024 Forderungen zu den geplanten Kürzungen

Anfang Juli hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf 2024 verabschiedet. Aufgrund des auferlegten Sparhaushalts enthält der vorliegende Entwurf eklatante Kürzungen, die sich auf unsere Gesellschaft und einige Arbeitsbereiche des IB gravierend auswirken. Insbesondere betrifft dies die großen Bundesprogramme **Respekt Coaches, Jugendmigrationsdienste und Freiwilligendienste in Verantwortung des BMFSFJ**. Zudem könnte auch die Infrastrukturförderung freier, bundesweit tätiger Träger der **Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des KJP** ggf. in Gefahr sein.

Die betroffenen Arbeitsfelder erfüllen immens wichtige gesellschaftsrelevante Aufgaben:

- Extremismusprävention, politische Bildung, Demokratieförderung
- Integration von jungen Menschen mit Migrationsbiografie
- Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und des sozialen Miteinanders
- Persönliche und berufliche Orientierung
- fachliche Weiterentwicklung gesellschaftlich aktueller Themen wie Inklusion, Kinderschutz und Partizipation

Die aktuell im Raum stehenden Kürzungen sind dramatisch und bedrohen eine konstruktive und nachhaltige Fortführung der Programme und Maßnahmen. Darüber hinaus schwächen sie zivilgesellschaftliche Akteure und stellen die bisherige verlässliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Trägern in Frage.

Daher fordert der Internationale Bund (IB) die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, den Anfang Juli veröffentlichten Entwurf des Haushalts 2024 in den Beratungen entsprechend folgender Darstellungen zu korrigieren, ohne Programme für Kinder- und Jugendliche gegeneinander auszuspielen. Der Haushalt des BMFSFJ muss als Ganzes um die bestehenden Fehlbeträge erhöht werden.

1. Das Modellvorhaben „Respekt Coaches“ muss aufgrund der geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt vorzeitig eingestellt werden.

Auf der Basis der aktuellen Haushaltsplanung des Bundes muss das renommierte und demokratiestärkende Bundesvorhaben RC (BMFSFJ, KJP) aufgrund der politischen Vorgabe zum 31.12.2023 in dieser Form beendet werden und wird entweder zur Überführung in das Startchancen-Programm fortgesetzt oder durch die Zusammenlegung von JMD und RC in das JMD-Programm überführt.

Forderung:

Der IB nimmt die Bundesregierung in die Verantwortung, zu der Aussage *"Rechtsextremismus ist derzeit die größte Bedrohung unserer Demokratie. Wir treten allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegen"* zu stehen und für die vom BMFSFJ geplante Überführung der Expertise aus Respekt Coaches in das für 2025 geplanten Startchancen-Programm separate Mittel zur Verfügung zu stellen.

2. Angemessener Ausbau der Jugendmigrationsdienste ist obligatorisch.

Mit der für die JMD (BMFSFJ, KJP) in 2024 geplanten Mittelkürzung von derzeit 68,8 Mio. Euro auf 58,8 Mio. Euro wird eine stabile und nachhaltige Struktur massiv geschwächt. Die Kürzung steht in einem krassen Widerspruch zu dem im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben, "die Jugendmigrationsdienste angemessen zu fördern".

Forderung:

Das Programm der Jugendmigrationsdienste (KJP – BMFSFJ) muss auf mindestens 78,8 Mio. Euro aufgestockt werden, damit die essenzielle Arbeit weiterhin auskömmlich finanziert ist und vollumfänglich geleistet werden kann. Nur so kann die steigende Anzahl von jungen Menschen begleitet sowie die weiteren Aufgaben durch das Chancenaufenthaltsrecht und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bewältigt werden.

3. „Mental Health Coaches“ muss über das Schuljahr 24/25 weiter finanziert werden.

Erst dieses Jahr wurde über die JMD-Träger das Modellvorhaben „Mental Health Coaches“ aufgelegt. Finanziert wird dies aus dem Programm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ des BMFSFJ mit jährlich 10 Mio. Euro. Dadurch erhalten Schülerinnen und Schüler an über 100 Schulen Angebote, die mental stärkend und somit lernunterstützend wirken. Das Modellprojekt ist bis Ende 2025 angedacht, für das Schuljahr 24/25 sind jedoch keine finanziellen Mittel im Bundeshaushalt 24 eingeplant worden.

Forderung:

Der IB fordert die Finanzierung des Modellprojekts „Mental Health Coaches“ wie geplant bis Ende 25.

4. Freiwilligendienste retten und angemessen stärken!

Jedes Jahr engagieren sich zehntausende, überwiegend junge Menschen in den verschiedenen Formaten der Freiwilligendienste in gemeinwohlorientierten Einrichtungen – unter anderem beim IB. Es sind für 2024 Kürzungen im Einzelplan 17 in den Titeln Jugendfreiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst des BMFSFJ in Summe von 23,7% für 2024 und 34,8% für 2025 im Vergleich zum aktuellen Stand geplant, obwohl im Koalitionsvertrag ein „nachfragegerechter Ausbau“ angekündigt war und, wie die Pflichtdienstdebatte gezeigt hat, eine Stärkung des sozialen Engagements gesellschaftlich gewünscht ist. Die aktuelle erfolgreiche **Petition** #Freiwilligendienststärken, die von Freiwilligen initiiert wurde und bereits über 100.000 Unterschriften gesammelt hat und das nötige Quorum für eine Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags damit um das Doppelte übertroffen hat, unterstreicht diesen Bedarf der Zielgruppe.

Forderung:

Damit für jede interessierte Person ein Freiwilligendienst angeboten werden kann, bedarf es zudem eines Rechtsanspruchs auf Förderung der Freiwilligendienstplätze. Auch das Angebot der Einsatzbereiche muss ausgeweitet und vielfältiger werden. Damit Träger und Einsatzstellen die Rahmenbedingungen spürbar verbessern können, benötigen sie eigentlich eine Verdreifachung der Mittel durch den Bund und die Bundesländer. Der IB und viele weitere Verbände möchten erreichen, dass über die Haushaltsberatungen des Bundestags der Bundeshaushalt für 2024 ff. durch die Bundesregierung korrigiert wird und die Kürzungen für die Freiwilligendienste mindestens zurückgenommen werden und ein Ausbau bald wieder in den Blick genommen wird.

5. Bedarfsgerechte Ausstattung der KJP Infrastruktur

Statt die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte bedarfsgerechte Ausstattung des KJP endlich umzusetzen, sieht der Regierungsentwurf für den Haushalt allerdings eine drastische Kürzung der KJP-Mittel vor. Dies ist aus IB-Sicht eine gravierende politische Fehlentscheidung.

Forderung:

Die Infrastrukturförderung des KJP muss so ausgestattet werden, dass sie die aktuellen Herausforderungen gut bewältigen kann. Dafür braucht es eine an die Inflation und die Tarifsteigerungen angepasste Aufstockung!

6. Ausbau der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung erforderlich!

Anfang 2023 wurde die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung als neues vom BAMF gefördertes Bundesprogramm ausgerufen. Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Beratungsstruktur, um das Asylverfahren für Schutzsuchende wie auch Behörden transparenter und effizienter zu gestalten. Das derzeitige finanzielle Volumen beträgt aktuell 20 Mio. Euro. Für ein flächendeckendes Beratungsangebot wären jedoch mindestens 80 Mio. Euro notwendig. Vor dem Hintergrund dieser politisch selbst formulierten Zielsetzung ist es unverständlich, warum das Bundesprogramm nicht wie geplant für 2024 auf mindestens 40 Mio. ausgebaut wird.

Forderung:

Der IB fordert die geplante Aufstockung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung auf mindestens 30 Mio. Euro, um eine flächendeckende Beratungsstruktur sukzessive aufzubauen und die 2023 geschaffenen Beratungsangebote finanziell abzusichern.